



UNIVERSITÄTSZEITUNG

15

ORGAN DER SED-KREISLEITUNG



KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
4. 4. 1968
12. JAHRGANG
15 PFENNIG

**Wissenschaftler,
Studenten,
Arbeiter,
Angestellte:**

Dieser Verfassung geben wir freudig unsere Zustimmung

Tausende Universitätsangehörige bekundeten auf Fakultätstagungen, in Gruppenversammlungen und in persönlichen Stellungnahmen ihr uneingeschränktes Ja.

Volksentscheid als Akt sozialistischer Demokratie von großer politischer Tragweite begrüßt. In allen Bereichen große Bereitschaft, mit der Hochschulreform zur Schaffung der neuen Verfassungswirklichkeit beizutragen.

Erstmals eigene Stimmbezirke für Studenten an der Universität.

J A



Alle Angehörigen der Karl-Marx-Universität sind aufgerufen, an der **Großkundgebung** anlässlich des Volksentscheides am Freitag, dem 5. April, 16 Uhr, auf dem Georgi-Dimitroff-Platz teilzunehmen.

Nachdem der Beschluß zur Durchführung des Volksentscheides über die sozialistische Verfassung der DDR bereits am Tage der Volkskammer Sitzung breiten Widerhall unter den Universitätsangehörigen ausgelöst und zu spontanen Gruppenberatungen und vielfachen zusammenhängenden Meinungsäußerungen angeregt hatte, fanden am Freitag in allen Bereichen Aktivberatungen statt, auf denen die staatlichen Leiter und Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen sowie Repräsentanten aller Schichten das Wort ergriffen, um die große demokratische Volksausprache einzuschätzen, um ihr Bekenntnis zu dem beständigen Verfassungsentwurf zu bekunden und um alle Angehörigen ihres Bereichs aufzurufen, dem Entwurf am 6. April freudig ihr Ja zu geben.

Auf der Veranstaltung der Medizinischen Fakultät im weit überfüllten Hörsaal der Hautklinik, auf der auch zahlreiche Professoren zugegen waren, erklärte Dekan Prof. Braun am Schluß seiner Rede: „Die DDR ist mein Staat. Ich wünsche, daß mein Staat die beste und fortschrittlichste Verfassung hat. Deshalb gibt es für mich kein Zögern, ich werde beim Volksentscheid mit Ja stimmen.“

Prof. Lauterbach, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, würdigte ausführlich das Gesetzeswerk, das mit seinem prognostischen Charakter sicherer Kompaß für die Zukunft ist, und insbesondere den Artikel 17, der in aller Klarheit - ohne eine Formulierungstechnik, bei der man nach Hinterfüren suchen müßte - das humanistische Anliegen der Wissenschaft ausdrückt.

Auf der Fakultätsveranstaltung der Wifa verwies der Student Klaus Gölke auf einen Ausspruch des SP-Führers Wehner, wonach dieser die DDR anerkennen wolle, wenn über die Hälfte ihrer Bevölkerung für die bestehende Rechtsordnung stimme, und er erklärte unter Beifall dazu: „Daran möchten wir Herrn Wehner erinnern, wenn am 6. April nicht die Hälfte, sondern das ganze Volk für seine Rechtsordnung stimmt.“

Von vielen Seiten wurde in den Diskussionen hervorgehoben, daß unser Ja am 6. April von großer nationaler und internationaler Bedeutung ist, daß wir mit unserem Beispiel lebendiger sozialistischer Demokratie vor allem der außerparlamentarischen Opposition in Westdeutsch-

land helfen, noch wirksameren Druck auf die Bonner Reaktion auszuüben und gegen deren Diktaturpläne zu kämpfen.

Überall verbanden Wissenschaftler und Studenten ihr Bekenntnis zur sozialistischen Verfassung mit der Bereitschaft, sie mit Leben zu erfüllen und insbesondere die Hochschulreform als entscheidenden Beitrag der akademischen Bildungstätigen zur Schaffung der neuen Verfassungswirklichkeit tätig voranzuführen. Der Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät würdigte eingehend die Initiative der Studenten seiner Fakultät, die in den vergangenen Wochen in der UZ das Wort zur Hochschulreform genommen hatten, und ermutigte alle Studierenden, an dem großen Gemeinschaftswerk aller Angehörigen des Bereichs weiterhin schöpferisch mitzuarbeiten.

An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät verpflichtete sich Dozent Dr. Fröhlich, seinen Beitrag zur Verwirklichung der neuen Verfassung mit einer wichtigen Publikation über ein Grundmodell der Operationstechnik, die er bis zum 30. Jahrestag der DDR abschließen will, zu leisten.

In allen Bereichen erklärten sich zahlreiche Universitätsangehörige bereit, an der unmittelbaren politischen und organisatorischen Vorbereitung sowie der Durchführung der Abstimmung aktiv mitzuwirken. Wie auf der Station 68 der Hautklinik, wo alle Mitarbeiter konkrete Verpflichtungen abgaben, wollen Ärzte und Schwestern auf den Stationen der Universitätsklinik mit den Patienten über den Inhalt der Verfassung sprechen und das Anliegen des Volksentscheides erläutern sowie die bestmöglichen organisatorischen Vorkehrungen für den Abstimmungstag treffen.

Erstmals werden die Studenten, die nicht ihren Hauptwohnsitz in Leipzig haben, in zwölf eigenen Stimmbezirken an der Universität ihre Stimme abgeben. Dazu wurden an der Universität eine Abstimmungskommission unter Vorsitz des Rektors und an den Fakultäten Abstimmungsvorstände gebildet, die in den vergangenen Tagen bereits umfangreiche Arbeiten zur Sicherung des Stimmrechts aller Studierenden trafen.

Dem Sozialismus unsere Stimme und unsere Tat - dem Gegner keine Chance

Wir Studenten der Seminargruppe B 4 der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät begrüßen mit Freude die Entscheidung der Volkskammer über die Durchführung des Volksentscheides zur neuen sozialistischen Verfassung. Wir meinen, daß dieser Volksentscheid und unsere Zustimmung eine eindeutige Absage an die westdeutschen Notstandspraktiker und Alleinvertreter darstellt.

Wenn unsere Gegner glauben, daß sie unter der studentischen Jugend Ansatzpunkte für ihre volkfeindliche Revanchepolitik finden, so halten wir ihnen entgegen: Wir Studenten stehen voll hinter der Verfassung der sozialistischen DDR und den Beschlüssen von Partei und Regierung.

Gemeinsam mit unseren Lehrern und Erziehern werden wir beweisen, daß die Wissenschaft in unserem Staat entscheidend zur Meisterung des sozialistischen Systems beiträgt.

Unser Beitrag zur Verwirklichung der sozialistischen Verfassung besteht gegenwärtig besonders darin, zusammen mit unseren Hochschullehrern die Hochschulreform voranzutreiben, um die Potenzien der sozialistischen Wissenschaft voll nutzen und unsere Überlegenheit im Kampf mit dem Gegner beweisen zu können.

In einer Versammlung der Seminargruppe bekundeten wir diese Verbundenheit zu unserem Staat, indem wir uns in Vorbereitung des Volksentscheides folgende Ziele stellten: Wir geben am 6. April frühzeitig gemeinsam und offen unser „Ja“ für den Aufbau des Sozialismus und die Sicherung des Friedens; alle Freunde unserer FDJ-Gruppe erklärten sich bereit, als Propagandisten zum Gelingen dieses historischen Augenblicks beizutragen. Außerdem haben wir weitere Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb übernommen.

Wir sind uns bewußt, daß wir nur durch hohe Studienergebnisse und hohen gesellschaftlichen Einsatz zur Verwirklichung unserer sozialistischen Verfassung beitragen können. Um diesen hohen Maßstäben Rechnung zu tragen, sollte jeder FDJ-Student, jede Gruppe ihre Zielstellung im sozialistischen Wettbewerb überarbeiten.

Wir rufen von dieser Stelle alle FDJ-Gruppen der Karl-Marx-Universität auf, unserem Beispiel zu folgen und mit guten Taten zum Gelingen des Volksentscheides beizutragen.

Sagen wir am 6. April ein eindeutiges „Ja“ zum Sozialismus, zum Frieden und zum Glück unseres Volkes! Erleben wir den Bonner Alleinvertreter eine eindeutige Abfuhr!

SG B 4 der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Studenten und Wissenschaftler der Fachrichtung Germanistik werden beim Volksentscheid am 6. April ihre Haltung zu unserem Staat, die in den letzten Monaten der Verfassungsdiskussion in zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen im Zentrum stand, durch ihr uneingeschränktes Ja zur neuen sozialistischen Verfassung bekunden.

Prof. Dr. Walter Dietze

Ich freue mich, daß ich am 6. April die Möglichkeit habe, unserer neuen sozialistischen Verfassung durch mein „Ja“ zum Volksentscheid meine ausdrückliche, persönliche Zustimmung zu geben.

Dr. Günter Chahne

Meine Meinung sagt nicht der Kontrollrat der Volkskammer, meine Volksentscheid über die soz. Verfassung durchzuführen, in welchem Teil Deutschlands wahr Demokratie herrscht. Er sagt vor allem den Bürgern in Westdeutschland, was wirklich in der DDR vorliegt.

Schwester Gabi verpflichtet sich, mit den jugendlichen Patienten auf Station in einer Kurzversammlung über den Volksentscheid zu sprechen.